

Die Notwendigkeit einer europäischen Verteidigung

Autor(en): **Pabriks, Artis**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **179 (2013)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-327685>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Notwendigkeit einer europäischen Verteidigung

Die globale Wirtschaftskrise der letzten Jahre hat die Europäische Union sehr stark getroffen. Dadurch reduziert sich ihre vormals berühmte globale «soft power» zunehmend, für die die EU letztes Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Abgesehen von den wirtschaftlichen Herausforderungen wird Europa bereits in naher Zukunft zunehmenden Herausforderungen im Bereich der Sicherheit gegenüberstehen.

Artis Pabriks

Die globalen Kräfteverschiebungen sowie die neuen Krisenherde im mittleren Osten und in Nordafrika werden für Europa und insbesondere für die EU einschneidende Folgen haben. Gleichzeitig reduzieren die USA ihre Präsenz auf dem europäischen Kontinent und erwarten in zunehmendem Mass, dass Europa mehr Verantwortung im Bereich der NATO Verteidigungsausgaben übernimmt.

Sollten die europäischen Staaten auch zukünftig taub bleiben, wird sich ihre reduzierte «soft power» mit den nicht genutzten Möglichkeiten einer «hard power» verbinden. Diese Kombination wird nicht nur die globale Rolle Europas, sondern auch das europäische Wohlfahrtssystem sowie die öffentliche Sicherheit des Kontinents zunehmend in Frage stellen.

Mehrere Gründe lassen sich anführen, warum der Ausbau der europäischen Verteidigungsfähigkeiten als Notwendigkeit angesehen werden sollte. Zum einen ist es nicht länger zu rechtfertigen, dass amerikanische Steuerzahler zur europäischen Verteidigung etwas beitragen müssen, während Europa, welches trotz der globalen Wirtschaftskrise nach wie vor die wohlhabendste Region der Welt ist, selbst über hinreichende Ressourcen verfügt.

Wachsendes Selbstbewusstsein der Rising Powers

Zum anderen respektieren die «rising powers» sowohl «hard» wie auch «soft power». Länder wie China, Indien, Brasilien, Pakistan und Russland erhöhen ihre Verteidigungsausgaben kontinuierlich. Einige dieser Länder kombinieren ihre zunehmende «hard power» selbstbewusst mit «soft power» und fordern da-

mit Europa in beiden Sphären heraus. Die Verteidigungsausgaben sowie das wachsende Selbstbewusstsein dieser Länder werden als integraler Bestandteil der jeweiligen Aussenpolitik betrachtet und stellen somit eine Herausforderung für das bestehende politische Weltssystem dar.

Zum dritten vermehren sich zunehmend asymmetrische sowie nichtstaatliche Bedrohungen unterschiedlichster Art, die sich den Grenzen der EU nähern oder diese bereits überschritten haben.

In seinem neusten Buch «No One's World» weist Kupchan auf die Wiederkehr eines zunehmend multi-polaren Weltsystems hin. Dies bedeutet, dass sich ein System herausbildet, in dem auf kurze Zeit «no one», also niemand, dominieren wird. Langfristig jedoch ist es von grosser Bedeutung, herauszufinden, wer dieser niemand sein wird. Meines Erachtens ist es ausserordentlich wichtig, dass Europa die fortschreitende Minderung seines weltweiten Einflusses stoppt und seine Einstellung zum eigenen Verteidigungspotenzial grundlegend überdenkt. Dies ist umso bedeutender, als eine multilaterale Welt per se konfliktrichtiger ist, als eine bilaterale oder unilaterale. Trotz unseres Wunsches, sich aus Konflikten herauszuhalten, werden Europa und der Westen, werden EU und NATO zukünftig Position beziehen müssen, wenn sich die Notwendigkeit stellt, in die Entwicklung der weltweiten Sicherheit mit «soft» oder gar mit «hard power» einzugreifen.

Um den sich wandelnden und zunehmenden Anforderungen gewachsen zu sein, müssen EU und NATO neue und integrative Wege finden, wollen sie auch in Zukunft wesentliche internationale Akteure bleiben. Einer der möglichen Wege wäre eine offene und seriöse Diskussion zum Bereich Sicherheit und Ver-

teidigung auf dem NATO Gipfel und unter den Staatsoberhäuptern der EU. Die Verantwortlichen in der EU sollten eine Möglichkeit finden, die Verteidigungsfähigkeiten der Union zu verbessern und gleichzeitig die stetige Reduktion der Verteidigungsausgaben zu stoppen.

Die EU muss einen fairen Anteil der Lasten übernehmen

Ich sehe eine eindeutige Notwendigkeit, unsere Ambitionen innerhalb der EU in Fragen der Verteidigung klar zu definieren. Nur auf diese Weise können wir einen fairen Anteil an den Lasten sowohl der regionalen, als auch der internationalen Sicherheit übernehmen. Die Herausforderungen an die europäische Verteidigung machen nicht halt an unseren Grenzen. Zudem sind wir keinesfalls auf ewig dazu berechtigt, Sicherheitsgarantien von den USA zu erhalten, die zunehmend frustrierter auf die europäischen Trittbrettfahrer schauen.

Nach dem Scheitern in Kosovo war der Einsatz in Libyen die erste von Europäern geführte gelungene Operation in Europas unmittelbarer Nachbarschaft. Allerdings wäre auch diese ohne amerikanische Unterstützung nicht möglich gewesen. Das aktuellste Beispiel bietet die derzeitige Lage in Mali. Die Entwicklungen dort, sowie in der gesamten nordafrikanischen Region, werden künftig von Europa wachsende Ressourcen und Aufmerksamkeit erfordern, und dies sowohl für die Sicherheit vor Ort, als auch zum Wohle unserer eigenen Sicherheit. Vor dem hier skizzierten Hintergrund sollte die EU ernsthaft ihre Sicherheitspolitik überdenken und sich entschliessen, ihre eigenen militärischen Möglichkeiten auszuweiten in der Absicht, sowohl die EU als auch die NATO

zu stärken. Hierbei darf es weder um die Doppelung des bereits Bestehenden, noch um die Schaffung neuer Institutionen gehen. Vielmehr sollte mit besonderem Nachdruck Europas mögliches Potential weiterentwickelt werden. Bis heute ist es leider nicht gelungen, NATO- und EU-Planungsprozesse aufeinander abzustimmen. Der Versuch der Zusammenarbeit von NATO und EU in der Entwicklung von gemeinsamen Projekten in den Bereichen «smart defence» und «pooling & sharing» stellt einen vielversprechenden Anfang dar, diese Bemühungen sind aber nicht ausreichend.

Mangelndes Bewusstsein oder gar die bewusste Missachtung von Fragen der Verteidigung in Europa stellen ein weiteres fundamentales Problem dar. Die Nachkriegsgenerationen, die in einem Europa ohne Kriege aufwachsen konnten, scheinen zum Grossteil der Überzeugung zu sein, dass die Abwesenheit von Konflikten und Kriegen auf ihrem eigenen Kontinent eine Selbstverständlichkeit ist, die keinerlei Initiativen bedarf. Für sie sind Konflikte und Kriege ein Teil der Vergangenheit. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es sich hierbei um eine falsche und irreführende Annahme handelt. Diese vorherrschende Auffassung hat unmittelbare Auswirkungen auf die Verteidigungspolitik und die dafür bewilligten Ausgaben. Mehr noch, sie hat dieses Politikfeld in den vergangenen Jahrzehnten massgeblich geformt. Umso schwerer ist es für Politiker, gegen eine so tief verwurzelte Überzeugung anzutreten. Und dennoch muss diese Diskussion geführt werden! Mit anderen Worten: Wir Politiker haben die Pflicht, uns an unsere Bevölkerung zu wenden und diese Diskussion anzustossen. Wir sind diejenigen, die die Diskussion über einen gemeinsamen Verteidigungshaushalt innerhalb der EU führen müssen. Zweifelsohne ist dies eine grosse Herausforderung, denn es bedeutet, dass ein Grossteil der Bevölkerung der EU-Staaten ihre lieb gewonnenen Überzeugungen wandeln muss. Wähler wollen überzeugt werden. Doch dieser Schritt ist von höchster Bedeutung, wenn wir Europäer aufhören wollen in Wunschträumen zu leben, wenn wir auf der internationalen Bühne auch weiterhin Akteure von Bedeutung sein wollen. Doch womit sollten wir beginnen?

Ich schlage vor, dass Foren wie der NATO Mini-Gipfel im Juni und die Tagung des Europäischen Rates im Dezember zu einer offenen Diskussion genutzt

werden. Hier sollte erörtert werden, ob Europa auch in Zukunft abrüsten wird, oder ob sich der politische Wille herausbildet, zukünftig ein gemeinsames Minimum an Verteidigungsausgaben zu verabschieden.

Ziel: EU Verteidigungshaushalt

Darüber hinaus ist es notwendig, das Ziel eines gemeinsamen Verteidigungshaushaltes der EU im Blick zu behalten – selbst wenn uns bewusst ist, dass es hier keine schnellen Entscheidungen geben kann. Als ein Beispiel liesse sich an dieser Stelle die Notwendigkeit anführen, das europäische Potential zu steigern, operationale Intelligenz zu gewinnen, diese zu analysieren und zu nutzen. Auch könnte durch gemeinsam finanzierte Trainingsangebote und Trainingseinrichtungen die Beziehungen zwischen EU- und NATO-Streitkräften gefördert werden. Langfristig könnte ein gemeinsamer Haushalt, mittelfristig eine Finanzierung, die auf gemeinsamen Projekten basiert, neue gemeinsame Möglichkeiten eröffnen.

Eine gemeinsame europäische Verteidigungsfinanzierung ist zunehmend als eine Notwendigkeit zu sehen. Deshalb möchte ich gerne einen Diskurs anregen über den notwendigen kurz- und mittelfristigen Wandel der allgemeinen Haltung sowie in der Politik. In beiden Bereichen ist dieser Wandel notwendig, sowohl um Verteidigungsmöglichkeiten der EU zu entwickeln, die die NATO ergänzen, als auch um notwendige Entwicklungen auf dem Kontinent zu unterstützen. Nur so wird die EU eine Möglichkeit haben, ihre Position als ein sichtbarer Akteur in der sich wandelnden globalen Welt zu erhalten. Die europäischen Sicherheitsinteressen, ebenso wie Europas Wirtschaftsinteressen, erfordern Führung, eine politische Vision sowie die Fähigkeit, zur rechten Zeit zu handeln. Ich hoffe, dass die verantwortlichen Politiker in Europa auf ihren kommenden Treffen von EU und NATO sowohl die Notwendigkeit sehen, als auch den Mut finden und das Durchhaltevermögen zeigen, diese Angelegenheit anzugehen. ■



Artis Pabriks
Dr.
Verteidigungsminister
der Republik Lettland
LV – 1473, Rīga, Latvia

Das Wort des CdA

Liebe Leserinnen
und Leser



Langsam sickern die Details zur Weiterentwicklung der Armee durch. Die Auswirkungen auf unsere einzige Sicherheitsreserve werden derart sein, dass diese auch kontrovers diskutiert werden dürfen. Das ist gut so.

Allerdings alles zu seiner Zeit. Wir haben die Botschaft zur WEA nun fertiggestellt und überwiesen. Jetzt läuft die interne Ämterkonsultation, in welcher jedes Departement seinen eigenen Bericht für den jeweiligen Bundesrat verfasst. Anschliessend muss der Gesamtbundesrat über die Botschaft – und damit über unsere künftige Armee – entscheiden. Erst dann beginnt die viermonatige Vernehmlassung, während der auch wir wieder die Möglichkeit zur Stellungnahme haben. Anschliessend wird der Bundesrat die allenfalls angepasste Botschaft gegen Ende Jahr dem Parlament unterbreiten.

An diesem wichtigen Meilenstein dürfen wir auf einen intensiven und erfolgreichen Planungsprozess zurückblicken. Auch wenn die Rahmenbedingungen ständig geändert haben, ist es uns gelungen, ein in sich kohärentes und ehrliches Konzept zu erstellen.

Fakt ist: Wir richten die Armee konsequent auf die aktuellen Herausforderungen aus – durch Erkennen von Soll/Ist und Anpassung der Planung. Somit ist es mir ein Bedürfnis, den unzähligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Vertretern von Miliz und Kantonen zu danken, die in den letzten Monaten konsequent an der WEA mitgearbeitet haben.

Die vorgesehene Planung ist ehrlich. Die Leistungen der Armee sind die bestmöglichen, welche mit dem vorhandenen Budget erreichbar sind. Trotzdem werden es signifikant andere und weniger Leistungen sein, als wir uns das heute gewohnt sind.

Wenn wir diese Reduktion nicht wollen, können wir uns während der Vernehmlassung wieder einbringen. Nicht auf der Grundlage von Partikularinteressen, sondern mit einem klaren Ziel: Die bestmögliche Lösung zu Gunsten der Sicherheit von Land und Leuten.

Korpskommandant André Blattmann
Chef der Armee